

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

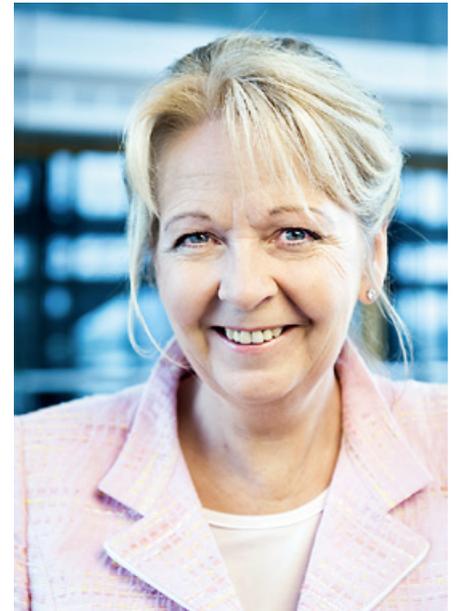
mit der im Landtag beschlossenen Änderung des Schulgesetzes und der Landesverfassung haben wir die intensive und schwierige Diskussion um die Umgestaltung der Schulstruktur in NRW zu einem guten Ergebnis gebracht. Der Schulkompromiss der rot-grünen Koalition mit der Union ist ein Meilenstein in der Geschichte unseres Landes. Wir beenden damit eine über Jahrzehnte andauernde Auseinandersetzung um die richtige Schulform für Nordrhein-Westfalen. Das ausgehandelte Ergebnis ist ein zukunftsfester Kompromiss, der Planungssicherheit schafft, im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer und der Kommunen in NRW. Darüber hinaus ist es eine wichtige Botschaft für die Menschen in unserem Land, dass wir bei so einem wichtigen Thema pragmatisch gehandelt und die Weichen für die zukünftige Bildungs- und Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen gemeinsam gestellt haben.

Und diesen Weg der Erneuerung unseres Landes setzen wir konsequent fort. Noch in diesem Jahr werden wir mit dem Stär-

kungspakt Stadtfinanzen bei einem weiteren zentralen Projekt der SPD-geführten Landesregierung ein gutes Stück vorankommen. Wir alle wissen um die schwierige finanzielle Lage der Kommunen. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat die Städte und Gemeinden finanziell ausbluten lassen und sie zusätzlich mit Aufgaben belastet, ohne eine entsprechende Kompensation bereitzustellen. Insgesamt wurden den Kommunen unter Schwarz-Gelb rund drei Milliarden Euro vorenthalten. Damit ist nun endlich Schluss. Wir haben schnelle Hilfe versprochen und wir haben Hilfe geleistet. Seit der Regierungsübernahme vor etwas mehr als einem Jahr, haben wir die Kommunen bereits mit rund 625 Millionen zusätzlich unterstützt. Mit den nun im Stärkungspakt bereitgestellten Geldern in Höhe von 350 Millionen Euro wollen wir erreichen, dass die notleidenden Städte und Gemeinden Stück für Stück ihre eigene Handlungsfähigkeit zurückerlangen können. Sie erhalten damit die Chance, zu einer selbstbestimmten Haushaltspolitik zurückzukehren. Dafür brauchen wir aber auch mehr interkommunale Solidarität der finanzstärkeren Städte mit den hochbelasteten Kommunen in unserem Land.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor uns liegen spannende Monate mit anstrengenden und schwierigen Haushaltsverhandlungen. Klar ist: Wir müssen runter von den Schulden. Unsere langfristige Perspektive bleibt dabei ein ausgeglichener Haushalt. Dieses Ziel werden wir aber nur dann erreichen, wenn wir den finanzpolitischen Weg fortsetzen, den wir schon beim Haushalt 2011 eingeschlagen haben. Das heißt: Keine Einsparungen mit dem Rasenmäher, sondern eine gezielte Konsolidierung. Zweitens: Eine Erhöhung auf der Einnahmeseite.



Hierfür brauchen wir unter anderem Veränderungen beim Spitzensteuersatz und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Und drittens: Die richtigen Investitionen in die Zukunft. Das heißt vor allem, Investitionen in Kinder, Bildung und Vorbeugung. Dieser Weg wird uns dabei helfen, unser Land und das Leben der Menschen ein Stück weit besser, menschlicher, sozialer und gerechter zu machen. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Und dafür lohnt es sich, jeden Tag aufs Neue hart zu arbeiten.

Eure Hannelore

STUDIENGEBÜHREN SIND ENDLICH GESCHICHTE! BILDUNG IST KEINE WARE!

Im Februar dieses Jahres haben wir in NRW die Studiengebühren abgeschafft. Für die gesamte Bildungskette von der Grundschule bis zur Hochschule gilt in NRW, dass nicht entscheidend ist, was die Eltern im Portemonnaie haben, sondern das, was die Einzelnen im Kopf haben. Bildung ist keine Ware und keine Privatsache. Bildung ist ein Menschenrecht. Denn Studiengebühren sind und bleiben ein Hindernis für Menschen, die studieren wollen. Nur 20% der Kinder aus Arbeiterfamilien studieren. Dem stehen im Durchschnitt 80% der Akademikerkinder gegenüber. Das können wir uns nicht leisten. Die Studierenden haben dafür im Wahlkampf zur Landtagswahl 2010 das Wort von der „Bildungsmauer“ geprägt. Mit der Abschaffung der Studiengebühren haben wir die ersten Hürden abgebaut. Weitere werden folgen. Unser Ziel heißt „Erfolgreich studieren in NRW“. Wir wollen die Hochschulen für mehr Studierende öffnen. Wir wollen sozialen Aufstieg ermöglichen. Wir wollen, dass sich Studierende mit dem Studium und nicht mit Jobs für ihren Lebensunterhalt beschäftigen müssen. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Qualität des Studiums hoch bleibt.

Wir stehen vor einer historischen Situation in NRW: Noch nie gab es so viele Studierende. In diesem Jahr haben über 115.000 junge Menschen ein Studium in NRW aufgenommen. Das ist eine Entwicklung, die wir wollen und die wir fördern, die uns aber gleichzeitig vor große Herausforderungen stellt. Durch den doppelten Abi-Jahrgang, die Aussetzung der Wehrpflicht und die geburtenstarke Jahrgänge werden die Kapazitäten unserer Hochschulen ausgereizt. NRW investiert bis zum Jahr 2020 im Rahmen des Hochschulpakts rund zehn Milliarden Euro in zusätzliches Personal, in weitere Gebäude, in den Ausbau von Mensen und Wohnheimen und in die Ausstattung von Bibliotheken und



Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW

Laboren. Schülerinnen und Schüler, aber auch die Eltern sollen wissen, dass alle jungen Menschen, die studieren können und wollen, auch die Chance dazu bekommen werden. Der große Andrang an die Hochschulen in diesem Jahr zeigt aber, dass die finanziellen Mittel nicht reichen werden. Die SPD hat darum ein Konzept für einen „Hochschulpakt Plus“ vorgelegt. Wir wollen den Hochschulpakt ausweiten und verlängern. Wir haben Bundesbildungsministerin Schavan deshalb aufgefordert, ihren warmen Worten nun auch konkrete Taten folgen zu lassen. Denn es geht hier um die Verantwortung gegenüber den Studierenden und um unsere gemeinsame Verantwortung für das Land. ■ SvenjaSchulze

DIE INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:



Dr. Norbert Walter-Borjans,
Finanzminister des Landes NRW

WEDER NEU NOCH SOZIAL, ABER IMMER GUT FÜR EIN RANKING GANZ IN IHREM SINNE

Je größer die Rettungsschirme im Euroraum werden und je unkalkulierbarer sich die Folgen der Finanzkrise auf die Entwicklung der realen Wirtschaft gestalten, desto hitziger dürfte die Debatte werden, ob und wie Bund und Länder die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse erreichen können. Schon jetzt ist erkennbar, dass dem Bund für seine Finanzplanung jeder Strohalm recht ist, um einem Offenbarungseid zu entgehen. Da wird die Finanztransaktionssteuer eingepreist, obwohl in der schwarz-gelben Koalition noch gar keine Einigkeit darüber besteht, ob man sie überhaupt will. Umgekehrt findet sich die gerade von Finanzminister Wolfgang Schäuble und seinem Wirtschaftskollegen Philip Rösler einträchtig proklamierte Steuersenkung im Zahlenwerk nicht wieder.

So eine vertrackte Situation ist nicht zum ersten Mal die Stunde der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Nicht neu, nicht sozial, aber stets zur Stelle, wenn es darum geht, dem Verständnis von Marktwirtschaft nach der gescheiterten Devise „Privat vor Staat“ aus der Patsche zu helfen, gibt es dann ein Ranking, bei dem regelmäßig diejenigen die Musterschüler sind, die Ausgaben kürzen, egal wo, während höhere Abgaben von vornherein etwas für den Giftschränk sind. Zugegeben: Rankings sind verführerisch. Wer oben steht, hat mit den Maßstäben, an dem der Erfolg gemessen wird, wenig Probleme. Anders sieht es bei denen aus, die auf die hinteren Ränge platziert werden. Die gucken schon einmal genauer hin und fragen: Wer steckt eigentlich hinter solchen „Siegertreppchen“? Wer bekommt die Eins mit Sternchen oder eben die Sechs – und warum?

Bei seinem „Konsolidierungs-Check“ hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) die 16 Bundesländer darauf hin überprüft, ob sie auf dem Weg zur Schuldenbremse sind oder nicht. Durchaus nachvollziehbar ist fraglos der dahinter steckende Anspruch. Die Länder sollen bei der komplexen Umsetzung ihres Konsolidierungsprozesses begleitet werden. Nordrhein-Westfalen schneidet schlecht ab. Damit bestätigt die Studie die gebetsmühlenhaft vorgetragenen Vorwürfe der Landtagsopposition, die darin dann auch prompt einen Anlass für eine Debatte im Parlament sah. Das wäre für sich genommen nicht weiter schlimm. Sachlicher Streit gehört zur Demokratie. Und die Auseinandersetzung darüber, wie viel Ausgabenkürzung der Landeshaushalt trägt, ohne heute den Grundstein für

gewaltige Reparaturkosten von morgen zu legen, und welche Einnahmeerhöhungen nötig sind, um den Haushalt nachhaltig ins Gleichgewicht zu bringen, sollten wir in aller Breite führen. Dazu kann eine wissenschaftlich untermauerte Datenbasis einen wichtigen Beitrag leisten.

Was man von einem namhaften Forschungsinstitut allerdings erwarten darf, ist eine gewissenhafte Recherche. Sonst entsteht der Eindruck, dass das Ergebnis zuerst feststand und anschließend nur noch die dazu passenden Daten zusammengetragen wurden. Bei den für NRW zugrunde gelegten Daten drängt sich eben dieser Eindruck auf. Da wird eine mittelfristige Finanzplanung in die Bewertung einbezogen, die von einer über Jahre anhaltenden Neuverschuldung von über sechs Milliarden Euro ausgeht. Diese Daten hat es tatsächlich gegeben – in der Fortschreibung der Planung, die die rot-grüne Landesregierung von der Regierung Rüttgers übernommen hatte. Seitdem hat sich viel verändert, und das hätte dem Institut der Deutschen Wirtschaft durchaus auffallen dürfen: Die Steuereinnahmen haben sich erheblich besser entwickelt als erwartet. Aber nicht nur das. Wir haben spürbar umgesteuert, indem wir bei den nötigen Investitionen in Bildung, Betreuung und Entlastung der Kommunen draufgelegt haben, aber eben auch an der richtigen Stelle sparen.

Die Konsequenz: Wir haben schon im Haushaltsplan 2011 die Neuverschuldung um drei Milliarden Euro unter den Wert gedrückt, den die Wirtschaftsforscher ihrer Bewertung zugrunde gelegt haben. Im tatsächlichen Haushaltsvollzug werden wir noch ein gutes Stück darunter bleiben. Wir arbeiten mit Hochdruck an einem Konsolidierungspfad, der zielgerichtet auf den Verfassungsauftrag ausgelegt ist, die Neuverschuldung bis 2020 auf null zu senken, ohne auf die notwendigen Investitionen zu verzichten. Das alles hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft „übersehen“.

Es wird gewiss nicht leicht, angesichts dringenden Nachholbedarfs bei den Themen, von denen unsere Leistungsfähigkeit in der Zukunft abhängt, vor allem aber angesichts der unkalkulierbaren Lasten in Folge einer tiefgreifenden Systemkrise, den Weg der Konsolidierung verantwortungsbewusst zu gehen. Das wird auch schmerzlichen Verzicht kosten. Wir können nicht leichtfertig mit dem Hinweis auf Unabweisbarkeit die Rechnung für das, was wir vom Staat erwarten, einfach an die nächsten Generationen weiterreichen. Deshalb sind Argument und Gegenargument, produktiver Streit und fundierte Analyse wichtige Begleiter auf dem Weg einer Stabilisierung unserer Finanzen. Dazu hat das Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft allerdings keinen werthaltigen Beitrag geleistet. ■

Dr. Norbert Walter-Borjans

KAMPAGNE ZUR BEITRAGSSOLIDARITÄT

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



Norbert Römer, Schatzmeister der NRWSPD

gemeinsam können wir auf sehr erfolgreiche 18 Monate rot-grüner Regierungszusammenarbeit in NRW zurückblicken. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gemacht. Wir haben den jahrzehntelangen Streit in der Schulpolitik beendet und einen echten Schulfrieden geschlossen. Wir haben die Kommunen finanziell gestärkt und sie wieder zu Partnern des Landes auf Augenhöhe gemacht. NRW hat ein modernes Personalvertretungsgesetz erhalten. Wir sichern die Industriearbeitsplätze in unserem Land und gestalten mit unserem Klimaschutzgesetz die Energiewende. Wir haben Wort gehalten, auch gegen viele Widerstände von außen. Die Menschen in NRW können sich auf uns verlassen. Wir sind diejenigen, die dieses Land gerechter, sozialer und moderner machen wollen und werden.

Für die Umsetzung unserer politischen Ziele und, um nah bei den Menschen zu

sein, brauchen wir eine funktionierende Parteistruktur und eine flächendeckende Präsenz vor Ort. Wir wollen auch weiterhin in allen Kreisverbänden und Unterbezirken hauptamtlich vertreten sein und für eure Anliegen und die der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Diese personellen Strukturen werden durch euch und eure Mitgliedsbeiträge gesichert. Und diese Beiträge sind gut angelegt, denn wir alle gemeinsam brauchen starke Strukturen für unsere Organisation und unsere Politik.

Liebe Genossinnen und Genossen! In den nächsten Wochen startet der Landesverband eine Aktion zur Beitragssolidarität. Das Ziel ist, landesweit für einen fairen Mitgliedsbeitrag zu werben und den monatlichen Beitrag in NRW durchschnittlich um einen Euro pro Mitglied zu erhöhen. Dabei wissen wir, dass wir damit ein sehr sensibles Thema ansprechen. Wir werden daher sehr behutsam und vorsichtig an unsere Mitglieder herantreten.

Die NRWSPD macht eine erfolgreiche Politik für NRW und die Menschen in unserem Land. Wir werden weiterhin unabhängig und ohne Großspenden aus der Industrie für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft kämpfen. Wir wissen, dass wir dabei auf die finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder, also auf euch, angewiesen sind. Bitte helft uns dabei, die Aktion zur Beitragssolidarität zu einem Erfolg zu machen, damit die Sozialdemokratie schlagkräftig bleibt und wir gemeinsam in eine gute Zukunft gehen können. ■ Norbert Römer

DIE NRWSPD GRATULIERT IM NOVEMBER ...

... ZUM GEBURTSTAG

99 Jahre

Hanne Böhmfeldt
Maria Fuenders
Ferdinand Köthe
Bruno Krueger
Margarete Lehr
Ewald Scheibe

98 Jahre

Gustav Rohmann

97 Jahre

Heinz Glunz
August Wallin

96 Jahre

Ilse Fischer
Hedwig Krusche
Friedrich Redmer

95 Jahre

Resi Kästingschäfer
Wilhelm Krumme

90 Jahre

Artur Broegeler
Margret Böhm
Elisabeth Strelzig
Paula Kuhlmann
Luise Meyer
Alfred Klukas
Georg Palm
Anni Kuemmel
Irma Wiegand
Johanna Bode
Gertrud Clemens
Lina Heine
Kurt Marmulla
Willi Vossig
Wilhelm Lüdeking

Elli Baumhöfner
Ferdinand Goeb
Werner Zschachlitz
Irma Landau
Ilse Flassbeck
Hans Buhlmann
Wilhelm Stockfisch
Eleonore Williams
Helene Jürgens
Bernhardine Jäkel
Theo Wedmann
Alma Buchsein
Gertrud Uhrmann
Magdalene Grobel
Heinz Koprowski

... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

65 Jahre

Karl Schauf
Marie Schneider

60 Jahre:

Wilfried Heimann
Karl Heinz Scherer

55 Jahre

Siegfried Ambrosius
Dieter Bielenstein
Leonhard Buchen
Kurt Halb
Wilbert Hans
Hubert Hille
Helmut Hinkelmann
Renate Jeschke
Heinz Johannsmeier
Leo Karkoschka
Wilhelm Pohl

50 Jahre

Else Rieser
Hans Rösgen
Helmut Schmiedeskamp
Heinz Schulze
Helmut Tholen
Willi Töller
Marlene Töller
Karl-Heinz Wolf
Franz Wollermann
Horst Wortmann

JUBILAR-EHRUNG BEI DER BETRIEBSVERSAMMLUNG IN BOCHUM

Jubilare zu ehren, gehört zu den guten Traditionen in der Sozialdemokratie. Bei der diesjährigen Betriebsversammlung der NRWSPD in Bochum, haben wir einer Reihe von Genossinnen und Genossen für ihren langjährigen Einsatz als hauptamtlich Beschäftigte der SPD danken können. Darüber hinaus verabschiedeten sich einige Kolleginnen und Kollegen in den wohlverdienten Ruhestand. Auch ihnen gebührt unser herzlicher Dank für ihr großartiges Engagement in unserer Partei. ■



1. Reihe von links: Geehrte Genossinnen und Genossen: Christel Krüger, Waltraud Bednarz, Manfred Rakowski, Regine Paulsen, Iris Striemer, Monika Ruczinski, Wilfried Schrammen. 2. Reihe von links: Andrea Becker (Verdi), Dirk Presch (Betriebsratsvorsitzender NRWSPD), Bernd Neuendorf (Landesgeschäftsführer NRWSPD), Lothar Grüll (Verdi), Norbert Römer (Schatzmeister NRWSPD)

TERMINHINWEIS:

LANDESPARTEIRAT DER NRWSPD AM 23.11.2011 IN DÜSSELDORF

Am 23. November 2011 um 18.30 Uhr findet ein außerordentlicher Landesparteirat der NRWSPD in der Messe CCD Süd in Düsseldorf statt. Mit dieser Sitzung lösen wir das Versprechen ein, in einem erweiterten Kreis anhand der Ergebnisse der Kommission „Zukunft der Alterssicherung – Schutz vor Altersarmut“ über unsere Positionierung zum Thema Rente zu diskutieren. Darüber hinaus beraten wir die – vom Landesparteitag in Mülheim überwiesenen – Anträge zur Bürgerversicherung sowie das Thema Parteireform. Die Delegierten erhalten die Parteiratsunterlagen unmittelbar nach dem Ende der Herbstferien. Gäste können sich anmelden unter: <http://www.nrwspd.de/lpr2011>

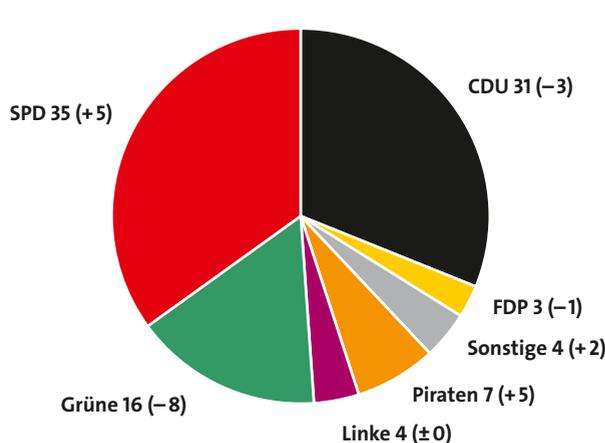
IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf | REDAKTION: Christian Obrok | E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de | INTERNET: www.nrwspd.de

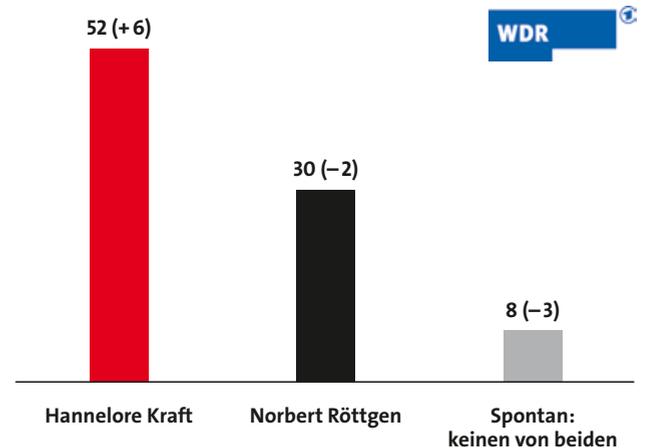
NRW-TREND: SPD KLAR VORN/HANNELORE KRAFT BEI DIREKTWAHL ÜBERRAGEND

Beim aktuellen NRW-Trend von Infratest dimap kann die NRWSPD bei der Sonntagsfrage ein deutliches Plus verzeichnen und steht aktuell bei 35 %. Im Vergleich zur letzten Befragung im April, ist das ein Gewinn von 5 %. Herausragend ist der Wert von Hannelore Kraft bei der Frage zur Direktwahl zum Amt des Ministerpräsidenten: Unsere Landesvorsitzende hat hier ihren Vorsprung nochmals ausbauen können und liegt mit 52 % deutlich vorn. ■

Quelle: Infratest dimap
Angaben in Klammern:
Vergleich zum April 2011



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wäre?



Frage: Wenn man den Ministerpräsidenten direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden: für Hannelore Kraft oder für Norbert Röttgen?